Doppelhaushalt 2008/2009

Anträge und Anregungen der SPD- Fraktion

Wir stellen für diesen Doppelhaushalt vor die nach verschiedenen Bereichen gegliederten Anträge unseren größten Streichungsvorschlag. Wir sind der Auffassung, dass der Doppelhaushalt 08/09 im Hinblick auf das „Jahrhundertprojekt" Kocherquartier und die Auswirkungen der Unternehmensreform genügend Risiken enthält. Deshalb sollte die Stadt bis zur Endabrechnung bzw. Kenntnis der genannten Auswirkungen keine weiteren Großprojekte in Angriff nehmen.
Allerdings sollte in den nächsten 2 Jahre eine breit angelegte Diskussion zu den Themen „Verlagerung des Marktzentrums" sowie „Verlagerung der Sportfreunde" –jeweils in den Schenkensee- stattfinden und, bei positivem Ergebnis, zunächst ein Bebauungsplan für die Wohnbebauung des Auwiesengeländes aufgestellt werden, um die Frage zu klären, ob dort eine Wohnbebauung überhaupt in der von der Verwaltung bereits geplanten Weise möglich ist.

1. Streichungen

a) Neubau einer Multifunktionshalle im SZO	**1,47 Mio€**
b) Verlagerung bzw. Neubau von Sportstätten im SZO	**0,75 Mio€**
c) Verlagerung Festplatz von den Kocherwiesen in den Schenkensee	**0,24 Mio€**

2. Sperrvermerk

d) Verkauf Marktzentrum an die Stadtwerke	**2,5 Mio€**

I. Bereich Bildung und Betreuung

a Kindergarten

3. Überarbeitung der Beitragsstrukturen
Die Beitragsstrukturen im Kindertagesstättenbereich werden deutlich zu Gunsten ärmerer Familien und von Familien mit 2 oder mehr Kindern verändert. Die Verwaltung erarbeitet im Frühjahr dazu einen Vorschlag.
Mindereinnahmen ca. 50000.-€ jährlich

4. Zuschuss zu den Verpflegungskosten

Familien, die Wohngeld beziehen, Hartz-4-Empfänger sind oder das Haller Gutscheinheft erhalten, erhalten zu den Verpflegungskosten in städt. Kindertagesstätten oder –krippen einen Zuschuss von 20%.
Mindereinnahmen ca. 10000.-€ jährlich

Begründung:

- Hall will noch stärker zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt avancieren.
- Bedeutung vorschulischer Erziehung und Bildung (s. Rede OB).
- Beitrag der Kommune für junge Familien nach der radikalen Erhöhung im Jahr 2002 um ca. 100% (35€ auf 61€ 1. Kind; 15€ auf 38€ 2.Kind ...), insbesondere für einkommensschwächere Familien und solche mit 2 oder mehr Kindern.

b Ganztagesbetreuung

5. Familien die Wohngeld beziehen, Hartz 4 Empfänger sind oder das Haller-Gutscheinheft erhalten, sollen bei den Betreuungskosten für die verlässliche Grundschule, die offene Ganztagsbetreuung und den Kosten für das Mittagessen entlastet werden. Die Verwaltung wird beauftragt dafür einen Verteilungsvorschlag vorzulegen. 80 000 €

Begründung: Alle Untersuchungen belegen, dass gerade dieser Personenkreis in unserem Bildungssystem besonders benachteiligt ist. Wir wollen mit diesem Antrag dafür sorgen, dass die Unterstützungsangebote der Schule auch von denen wahrgenommen werden, die davon in hohem Maße einen Gewinn haben können. Die Beschränkung auf einkommensschwache Familien soll noch einmal deutlich machen, dass wir hinsichtlich einer allgemeinen Regelung das Land in der Pflicht sehen.

c Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

6. Jugend macht mit
In den Haushalt werden 20 000 Euro für Maßnahmen eingestellt, die dem Ziel dienen, Kinder und Jugendliche nachhaltig an kommunalen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen

Begründung: Aus vielen Gründen macht es Sinn, Kinder und Jugendliche an den kommunalen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen tangieren. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen müssen die Beteiligungsfragen neu gestellt werden, weil Zukunftsentscheidungen von immer mehr älteren und immer weniger jüngeren Menschen getroffen werden. Jugendliche und Kinder müssen in die Lage versetzt werden, ihre eigene Zukunft mit zu gestalten.
Unbestritten ist auch, dass Partizipation den Dialog zwischen den Generationen fördert, das Demokratieverständnis stärkt und der Politikverdrossenheit entgegengewirkt. Darüber hinaus profitieren auch die ‚Fachleute', wenn der Blick der Betroffenen in Planungsprozesse mit einfließen kann und damit alle Bürgerinnen und Bürger.
In Schwäbisch Hall fehlt eine entsprechende Beteiligungskultur.
Kinder und Jugendliche haben Rechte, über die sie Bescheid wissen sollten. Es ist die Aufgabe der Erwachsenen, der Verwaltung, sowie der politischen Gremien dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen(lernen) und sie diese in Anspruch nehmen können
(siehe auch Anfrage der SPD-Fraktion vom 24. 7. 2006; bisher nicht beantwortet)

II. Energie und Ökologie

7. Der Strombedarf im städtischen Bereich soll ausschließlich mit Ökostrom gedeckt werden. 30 000 €

Begründung: Die Anstrengungen der Stadtwerke den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern, sollen durch ein Signal der Stadt unterstützt werden. Wir rechnen mit etwa 10% höheren Kosten.

8. In den Doppelhaushalten 06/07 und 08/09 sind insgesamt 1,2 Mill. € für Energiesparprojekte aufgenommen. Wir wollen die mit diesen Projekten eingesparten Gelder im Haushalt ausweisen und damit weitere Investitionen ermöglichen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der realisierten und geplanten Projekte konkrete Zahlen vorzulegen.

Begründung: Bei dem erwarteten Einsparvolumen kann mit diesem Vorgehen das Projekt verstetigt werden. Ein Ausweis im Haushalt hat wichtige Signalwirkung.

9. Die Stadt stellt eine Grundstücksfläche für eine Photovoltaikanlage pachtweise kostenlos zur Verfügung. 2000 €

Begründung: Unter Planung und Koordination der Stadtwerke könnte auf diesem Grundstück eine „Bürgersolaranlage" entstehen. Nach dem Muster des erfolgreichen Fonds der Stadtwerke können sich Bürgerinnen und Bürger an einem bestimmten Projekt beteiligen und über die Einspeisevergütung am Ertrag partizipieren.

10. Auslobung eines Energiesparpreises 5000 Euro

Begründung: Um diesem Aspekt der Energiepolitik (noch) mehr Nachdruck zu verleihen, soll die Stadt Schwäbisch Hall den Energiesparpreis für besonders innovative Lösungen an Privatleute bzw. Firmen vergeben.

III Verkehr

11. Die für die Sanierung der Gemeindeverbindungsstrasse (GVS) zwischen Altenhausen und Veinau für das HH-Jahr 2009 angesetzten 200.000 Euro sind mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Begründung: Nach Fertigstellung der Ostumfahrung sollte auf Grundlage einer Verkehrsuntersuchung (-zählung) im Jahre 2008 zunächst der Straßenbedarf und darauf basierend der Sanierungsumfang ermittelt werden. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat vorzutragen.

12. Der für Tiefbaumaßnahmen für eine familienfreundliche und behindertengerechte Stadt vorgesehene Planansatz ist um 40.000€ auf 200.000€ für zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer anzuheben.

Begründung: Es hat sich gezeigt, dass v. a. in der Kernstadt Radwege (z. B. durch Kreuzungen mit Strassen) Risiken für Radfahrer bergen. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sollten nach Prüfung des bestehenden Radwegenetzes

ergänzende Maßnahmen wie z. B. farbige Wegemarkierungen oder Beschilderungen erfolgen.

13. Der für die Erstellung eines Kreisverkehrs Steinbeisweg/Daimlerstraße vorgesehene Planansatz von 150.000 € ist zu streichen.

Begründung: Die Einrichtung des Kreisverkehrs wurde bereits im Verkehrsbeirat nach Ortsbesichtigung sowie in den Fraktionen diskutiert und abschlägig beschieden. Aufgrund der weiterhin bestehenden räumlichen Situation wird die Einrichtung eines Kreisverkehrs an dieser Stelle für nicht zweckmäßig erachtet.

IV Bereich Freizeitanlagen-Naherholung

14. Sanierung des Starkholzbacher Sees, voraussichtlicher Aufwand 400.000 €. Damit der See wenigstens für die übernächste Badesaison bereitsteht, sollte der See unmittelbar nach einer positiven Beschlussfassung über die Sanierung noch in diesem Jahr abgelassen werden.

Begründung: Nach 35 Jahren liegt es in der Natur der Sache, dass künstlich angelegte Seen saniert werden müssen. Der Starkholzbacher See ist ein beliebtes Ausflugsziel für Menschen aus der näheren und weiteren Umgebung und der einzige Natursee in der Nähe der Stadt, in einmalig reizvoller Landschaft gelegen. Der Starkholzbacher See ist weit mehr als ein Badesee, er hat einen hohen Erholungswert für Wanderer, Radler und Spaziergänger sowie Angler. Die einmalige Investition bedeutet, dass der See mit einem jährlichen Aufwand von ca. 10.000 € der Bevölkerung weiterhin für 40 Jahre zur Verfügung gestellt werden kann. Die Begehung mit Fachleuten hat gezeigt, dass die technischen Probleme der Sanierung beherrschbar sind.

V Weitere kostenwirksame Anträge

15. Erhöhung des Ansatzes für die Städtepartnerschaften um 40.000 €

Begründung: Im Hinblick darauf, dass in den nächsten 2 Jahren Jubiläen mit Neustrelitz und Zamosc anstehen und Balikesir als weitere Partnerstadt hinzugekommen ist, sollten die Ansätze von je 90.000 € (S.149) um je 20.000 € erhöht werden (Ausgaben 2006 bereits 108.440 €).

16. Erhöhung des Barzuschusses an die Sportvereine um 40.000 €

Begründung: Im Hinblick auf die erheblichen Streichungen bei den Sportvereinen in den Jahren nach der Finanzkrise lassen die Zahlen des Doppelhaushalts eine moderate Erhöhung zu.

17. Zuschuss an die Naturfreunde zur Sanierung des Lemberghauses 28.000 €

VI Nicht kostenwirksame Anträge und Anregungen

18. Wir bitten die Stadtverwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Auftragnehmer, welche ihren Beschäftigten weniger als den Mindestlohn von 7,50 € zahlen, von der Vergabe städtischer Aufträge auszuschließen.

19. Wir bitten, ab Oktober 2008 (nach dem Ausscheiden von Frau Beutter) beim HFM eine Volontärstelle als Ersatz zu schaffen, um den bisherigen Umfang von Sonderausstellungen im städt. Museum nicht zu gefährden.

20. In einem der Baugebiete der Stadt soll durch den Bebauungsplan festgelegt werden, dass nur Gebäude zulässig sind, die einen höheren Standard, z.B. Passivhaus, einhalten.

Begründung: Nachdem Bauherren inzwischen wieder die Auswahl zwischen mehreren Baugebieten haben, sollen mit diesem „Uraltantrag" gezielt Interessenten für besondere Innovationen angesprochen werden.

21. Die Bauverwaltung wird beauftragt, den Stand der Sanierung bei den Turnhallen der Vororte darzustellen und dem Gemeinderat eine Kostenschätzung der noch erforderlichen Maßnahmen vorzulegen.

Begründung: Im Zusammenhang mit der Diskussion um die geplanten Investitionen im Sportbereich wird von den Vereinen immer wieder auf den schlechten Zustand der Turnhallen verwiesen. Wir möchten dazu eine sachkundige Aussage der Bauverwaltung.

22. Das Stadtplanungsamt wird mit der Organisation einer Fachtagung zum Thema „Zukünftige Wohnmodelle in der Stadt Schwäbisch Hall" beauftragt

Begründung: Unsere herkömmlichen Wohnweisen drohen in eine Sackgasse zu geraten. Immer mehr Wohnraum wird für immer weniger Menschen bereitgestellt. Damit verbunden sind Isolation und ausufernder Platzverbrauch. Darüber hinaus werden vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Kassen zukünftig mehr und mehr gemeinschaftliche Initiativen gefordert sein, um öffentliche infrastrukturelle Angebote zu entlasten. Deshalb werden zunehmend ökologische und soziale Auswirkungen unseres Wohnens, sowie eine Änderung der Leitbilder diskutiert. Mit der Fachtagung kann ein notwendiger Diskussionsprozess in Schwäbisch Hall eingeleitet werden.

23. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die demographische Entwicklung in den Schwäbisch Haller Siedlungen der 50/60/70er Jahre zu analysieren und die damit verbundene Wirkung auf den Wohnungsmarkt der Stadt zu prognostizieren

Begründung: Laut Mikrozensus 2005 waren 22% aller Privathaushalte in Deutschland reine Senior/inn/en-Haushalte. Tendenz ist steigend. Die Stadtverwaltung muss sich also einerseits verstärkt auf die Wohn- und Lebensbedürfnisse einer wachsenden Gruppe hochaltriger Menschen einstellen. Andererseits zeichnet sich eine Erhöhung des Angebotes von zu vermietenden/zu verkaufenden Ein- und Zweifamilienhäusern aus dem Bestand in Haller Siedlungen ab, die jetzt im Besitz der hohen Altersjahrgänge sind.

24. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn eine Vereinbarung über eine Fahrkartenverkaufsstelle im Stadtbereich zu treffen

Begründung: Seit geraumer Zeit gehört Schwäbisch Hall zu den Städten in Deutschland, die von der Deutschen Bahn „abgehängt" zu werden drohen. Abgesehen vom erbarmungswürdigen Zustand des Haller Bahnhofs, können dort weder Reiseinformationen eingeholt, noch Karten am Schalter gekauft werden. Dies ist nur in Hessental möglich. Insbesondere ältere Menschen müssen unter diesem Zustand leiden. Undurchsichtige Fahrpläne sowie Fahrscheinautomaten stellen für manche von ihnen unüberwindbare Hürden dar. Eine zusätzliche Fahrt mit dem Bus nach Hessental macht das Bahnfahren beschwerlicher und komplizierter. - Die Stadt Schwäbisch Hall kann auf keine-n Bahnreisende-n verzichten! Sonst droht womöglich irgendwann die Schließung des Hessentaler Bahnhofs.

25. Die Stadt soll eine Initiative koordinieren, bei der Studenten sich verpflichten ihr Praktikum in einer Haller Firma zu absolvieren. Die Firmen übernehmen dafür zusätzlich die Studiengebühren.

Begründung: Eine solche Initiative ist als Ergänzung der gemeinsamen Aktion zur Mitarbeitergewinnung vorstellbar. Damit werden einerseits Bindungen an die Region erhalten und andererseits Neugier auf diesen Raum angefacht.